



Presseerklärung

Kiel, 19.6.2020

Geschäftsstelle:

Sophienblatt 82-86

D - 24114 Kiel

office@frsh.de

www.frsh.de

Tel: 0431-735 000

Fax: 0431-736 077

Zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni:

Fast 80 Millionen Flüchtlinge weltweit

Flüchtlingsrat SH fordert großzügige Flüchtlingsaufnahme und Schutz des Asylrechts

Im ersten Quartal des Jahres sind – möglicherweise wegen Corona-bedingter Verzögerungen im Asylbundesamt – die Zahlen der Asylgesuche in Deutschland zurückgegangen. Derzeit nehmen sie wieder – allerdings noch verhalten – zu. Doch deshalb anzunehmen, dass sich in den Herkunftsländern die Fluchtgründe reduziert oder gar erledigt hätten, läuft fehl.

Zum [Weltflüchtlingstag](#) am 20. Juni veröffentlicht das Hochkommissariat der Vereinten Nationen ([UNHCR](#)) [Zahlen](#) einer dramatischen Entwicklung: 79,5 Millionen Menschen sind laut UNHCR weltweit auf der Flucht - mehr als ein Prozent der Menschheit! In nur zehn Jahren habe sich die Zahl verdoppelt: Mehr als zwei Drittel aller Flüchtlinge kommen aus nur fünf Ländern: Syrien mit 6,6 Millionen; Venezuela mit 3,7 Millionen; Afghanistan mit 2,7 Millionen; Südsudan mit 2,2 Millionen und Myanmar mit 1,1 Millionen. Schätzungsweise 30-34 Millionen sind Kinder, davon zahlreiche ohne Begleitung ihrer Eltern. 45,7 Millionen (57,5%) sind sog. Binnenflüchtlinge (displaced persons), die innerhalb ihres eigenen Landes auf der Flucht sind.

80 Prozent der Vertriebenen der Welt leben UNHCR zufolge in Ländern oder Gebieten, die von akuter Ernährungsunsicherheit und Unterernährung betroffen sind - viele von ihnen dort wo [Klimaveränderungen](#) und damit einhergehende Überlebensrisiken weitere Fluchtgründe schaffen. Mehr als drei Viertel der weltweiten Flüchtlinge (77 Prozent) sind Generationen lang betroffen - zum Beispiel in Folge der Gewaltspiralen in Afghanistan, die – mittlerweile durch eine eskalierende Corona Epidemie verstärkt – schon seit fünf Jahrzehnten Fluchtgründe schaffen. In Syrien herrscht seit neun Jahren Krieg. Dort wurden 13,2 Millionen Menschen zu Flüchtlingen, Asylsuchenden oder Binnenvertriebenen – ein Sechstel der weltweiten Geflüchteten. Die im Trikont besonders eskalierende [Corona-Epidemie](#) schafft absehbar weitere Fluchtbewegungen.

Weniger als 15 Prozent der Fliehenden finden Aufnahme in den Industrieländern der sog. Ersten Welt. Mehr als 85 Prozent landen hingegen in Entwicklungsländern, i.d.R. in der Nachbarschaft des Herkunftslandes.

Weltweit gesehen lebten die meisten Flüchtlinge aber in der Türkei mit 3,6 Millionen, gefolgt von Kolumbien (1,8 Millionen) und Pakistan und Uganda (jeweils 1,4 Millionen) In Deutschland sind in den vergangenen Jahren 1,14 Millionen Flüchtlinge aufgenommen worden – Abgeschobene, Rückgekehrte oder Weitergewanderte sind in dieser Zahl nicht berücksichtigt.

Insgesamt ist festzustellen, dass mit 390.000 nur noch ein geringer Anteil der fluchtbedingt Exilierten zurückkehrt. Der Flüchtlingsrat stimmt mit dem UNHCR überein: „*Geflüchtete dürfen nicht jahrelang in Ungewissheit über ihre Chancen auf Bleiberecht und Zukunft am Zufluchtsort*“, erklärt Martin Link, Geschäftsführer beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. 200.000 [Geduldete](#) leben bundesweit in Deutschland, können i.d.R. nicht zurück und warten dringlich auf eine Bleiberechtsregelung.

Kritikwürdig ist für die Flüchtlingsorganisationen die europäische Diskussion über die Aufnahme von Flüchtlingen. „*Dass EU-Staaten lediglich 1.600 junge Flüchtlinge und Deutschland wohl nicht mehr als einige Hundert aus Griechenland aufnehmen wollen, sei mit Blick auf die höchst [prekäre Situation](#) der 37.000 auf den griechischen Inseln dem Elend Anheimgestellten eine Schande*“, klagt Martin Link. Auch für den UNHCR sind diese Zahlen nur „*ein Tropfen auf den heißen Stein*“, sagt Chris Melzer vom UNHCR-Büro in Berlin und erklärt: „*Unsere reichen, gut strukturierten und funktionierenden Staaten sollten in der Lage sein, mehr aufzunehmen.*“

„*Dass der Bundesinnenminister anstatt mehr Geflüchtete aufzunehmen, ankündigt, den anstehenden deutschen EU-Rats-Vorsitz zu nutzen, [Asylsuchende künftig schon an den EU-Außengrenzen abzufertigen](#), spricht dem im Grundgesetz und im Völkerrecht verankerten Schutz Verfolgter und den weltweit offenbaren Schutzbedarfen Hohn*“, mahnt Martin Link. Der Flüchtlingsrat appelliert an die Kieler Landesregierung, sich gegenüber dem Bund für stärkere Kontingentaufnahmen und für die vollständige Bewahrung des nationalen Asylrechts einzusetzen.

gez. Martin Link